



Bundesministerium  
des Innern, für Bau  
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Herrn  
Andrej Hunko, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 27 Mai 2019

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Mai 2019**  
HIER **Arbeitsnummer 5/242**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigelegte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko  
vom 21. Mai 2019  
(Monat Mai 2019, Arbeits-Nr. 5/242)

---

Frage

*Inwiefern hat die Bundesregierung bereits Anfragen des FPÖ-geführten Innenministeriums aus Österreich bzw. dessen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) erhalten, zur Entstehung oder Verbreitung des sogenannten „Ibiza-Videos“ zu ermitteln bzw. entsprechende Amtshilfe zu leisten („Vermutlich auch strafrechtliche Konsequenzen“, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) vom 20. Mai 2019), und inwiefern ist die Zusammenarbeit der deutschen und österreichischen Geheimdienste (auch auf Ebene der europäischen „Counter Terrorism Group“) nach Bekanntwerden der von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache weiterhin „vertrauensvoll und gut“ und gilt ohne jede Einschränkung auch in Bezug auf die Identitären Burschenschaften oder rechtsextreme Vereinigungen (vgl. die Ausführungen auf meine mündliche Frage 39 in der Fragestunde des Bundestages vom 10. April 2019), obwohl das BVT nach meiner Kenntnis nicht nur an den FPÖ-Innenminister Herbert Kickl, sondern auch direkt an den Vizekanzler berichtet, der seine Stellung beispielsweise benutzt haben könnte, um die Identitären vor staatlicher Verfolgung zu schützen („Sellner löscht 41 Minuten vor Hausdurchsuchung seine E-Mails“, <https://kurier.at> vom 15. Mai 2019)?*

Antwort:

Die Bundesregierung hat bislang keine Anfragen der in der Frage angeführten österreichischen Stellen zum sog. "Ibiza-Video" erhalten.

Da zwischen deutschen und österreichischen Rechtsextremisten seit vielen Jahren eine enge und intensive Zusammenarbeit beobachtet wird, arbeitet das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit dem österreichischen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) auch nach Erscheinen des angesprochenen Videos im Rahmen des gesetzlichen Auftrags zusammen.